

Nicaragua: Vom Schuldenweltmeister in neue Abhängigkeiten

Nicaragua erhielt einen der weitest reichenden Schuldenerlasse unter den Multilateralen Entschuldungsinitiativen HIPC und MDRI. Wegen seiner wenig diversifizierten Wirtschaft und des wirtschaftspolitischen Schlingerurses in den letzten zwanzig Jahren ist das mittelamerikanische Land aber wirtschaftlich nie wirklich unabhängig geworden.

1979-1990: Vom sozialistischen Modell zum Schuldenweltmeister

Der Sieg der Sandinistischen Revolution am 19. Juli 1979 markierte für Nicaragua den Beginn einer überaus bewegten Wirtschaftsgeschichte: Die siegreichen Revolutionäre versuchten unter dem Einfluss des noch existierenden Ostblocks ein anspruchsvolles Sozialstaatsmodell zu verwirklichen.

Dessen Kosten und die des alsbald einsetzenden Contra-Krieges, den die USA gegen das revolutionäre Land führten, machten einen anhaltenden Kapitalimport aus dem befreundeten Ausland notwendig. Die Sowjetunion und ihre Alliierten gewährten diese Hilfe - aber auf Kredit.

So kam es, dass, als die Sandinisten 1990 unter dem Druck des Krieges abgewählt wurden, Nicaragua im Verhältnis zu seiner Wirtschaftsleistung das höchstverschuldete Land der Welt war.

Rund 12 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden entsprachen in jenem Jahr dem Sechszwanzigfachen dessen, was das Land überhaupt mit Exporten an Devisen erwirtschaftete. Damit war Nicaragua ein Kandidat für die allerdings erst zehn Jahre später in Gang kommende Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative.

Deren Umsetzung erwies sich in dem zentralamerikanischen Land als noch etwas komplizierter als in den meisten der 39 einbezogenen armen Länder. Mehr als die Hälfte der Schulden bestand gegenüber den ihrerseits in große Umwälzungen geratenden Ostblockstaaten, einschließlich der Sowjetunion. Mit mehr als einer halben Milliarde US-Dollar war auch die DDR mit dabei. Dieser gewaltige Betrag fiel plötzlich der konservativen westdeutschen Regierung unter Helmut Kohl in den Schoß, die sich selbst nach Kräften an der wirtschaftspolitischen Isolierung Nicaraguas beteiligt hatte.

So dauerte es bis zum Jahr 2000, bis

Nicaragua endlich einen Schuldenerlass unter der HIPC-Initiative zugesagt bekam. Er schloss eine Streichung von 90 Prozent der Forderungen der Gläubigerregierungen im Pariser Club ein. Russland hatte mit seinen Altforderungen aus der Sowjetzeit einen Sonderstatus, und musste sogar auf 98 Prozent seiner Forderungen verzichten (deren Umrechnung aus Transferrubeln in US-\$ allerdings allerlei Spielräume für Manipulation bot).

Mit der Umsetzung der Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) 2006, d.h. der Streichung aller alten Schulden bei Weltbank, IWF und Interamerikanischer Entwicklungsbank, erreichten Nicaraguas Schulden dann ein wieder als tragbar erachtetes Niveau von 145 Prozent der Exporteinnahmen.

1990-2014: Wirtschaftspolitischer Schlingerkurs und neue Abhängigkeiten

Die teuren und mitunter kuriosen Versuche der Sandinisten und ihrer Unterstützer eine egalitär-sozialistische Gesellschaft - oder wenigstens eine Art Wohlfahrtsstaat - zu errichten, führten nach der Abwahl der Sandinisten zu einer wirtschaftspolitischen Gegenbewegung unter der konservativen Präsidentin Violeta Chamorro und ihrem noch konservativeren Nachfolger Arnoldo Alemán.

Dem Geist der Zeit in den neunziger Jahren folgend wurde im Land alles, was die Sandinisten unter staatliche Kontrolle gebracht hatten, privatisiert. Und zwar ohne Rücksicht auf Verluste - weder für die öffentlichen Finanzen noch die von den Privatisierungen betroffenen staatlichen Angestellten, Kleinbauern oder Nutzer (ehemals) öffentlicher Dienstleistungen. Unter den schwachen Strukturen des nicaraguanischen Staates und dem ideologischen Druck von IWF und Weltbank, welche seinerzeit noch die Privatisierung als direkten und unfehl-

baren Weg ins ökonomische Paradies propagierten, bereicherten sich insbesondere der Unternehmer Alemán und seine Entourage.

2006 wurde der Sandinist Daniel Ortega zurück ins Präsidentenamt gewählt, das er seither innehat: Allerdings hatte er sich in der Zeit der Opposition gründlich gewandelt: Aus dem olivgrün-tragenden Revolutionär war ein Populist im rosa Hawaiihemd geworden, der zwar weiterhin durchaus eine sozialistische Rhetorik pflegt, dessen Regierungshandeln allerdings hauptsächlich auf den eigenen Machterhalt abzielt.

Trotzdem gibt es in Nicaragua unter der neuerlichen Herrschaft der Sandinisten auch Ansätze einer Umverteilung von oben nach unten, wie sie in lateinamerikanischen Ländern mit einem so niedrigen pro-Kopf-Einkommen sehr ungewöhnlich ist. Diese Leistungen - Subventionen der Preise für Basis-Konsumgüter und für einige öffentliche Dienstleistungen - kann sich Ortegas Regierung nur leisten, weil sie aus kontinental-strategischen Gründen vom ölreichen Nachbarn Venezuela unterstützt wird.

Zweischneidige Hilfe

Im Rahmen des PetroCaribe-Programms braucht Nicaragua nur 40 Prozent des importierten venezolanischen Öls direkt zu bezahlen; der Rest wird zu günstigen Konditionen langfristig gestundet. Nicaragua macht von diesem Angebot ausgiebig Gebrauch. Der Vorteil ist, dass das im Inland verkaufte Öl die Finanzierung öffentlicher Leistungen ermöglicht. Aber das Programm birgt auch Nachteile und erhebliche Risiken:

- Die langfristige Stundung lässt Nicaraguas Auslandsschulden wieder ansteigen, so dass der IWF das Land inzwischen als eines mit mittlerem Überschuldungsri-

siko einstuft; das heißt, der IWF rechnet damit, dass bei einer wirtschaftspolitischen Störung, wie etwa einem Hurrikan, einem Einbruch der Preise für Nicaraguas Exportprodukte o.ä., das Land zahlungsunfähig werden kann.

- Die sozialen Unruhen in Venezuela in den letzten Monaten bedrohen auch die Alimentierung von Ländern wie Nicaragua. Sollte die Regierung unter Hugo Chavez' Nachfolger Maduro dem Druck der Opposition weichen müssen, wäre das selbst schon ein solcher „externer Schock“.
- Das billige Öl verhindert tendenziell, dass Nicaragua sich von Energieimporten unabhängiger macht. Die bisherigen Investitionen in erneuerbare und geothermische Energien bleiben weit hinter dem Potenzial des Landes zurück.

Gefördert von ENAGEMENT GLOBAL im Auftrag des